

AKTUELLE CHRONIK

Juli bis September 1993
Zusammengestellt von Simona Wächter

SÜDASIEN

Afghanistan

- 17.Juli:* Der tadschikische Präs. Rachmonow fordert UN-GS Boutros-Ghali in einem Schreiben auf, den UN-Sicherheitsrat mit der "Invasion tadschikischer Rebellen, militanter Muslime und afghanischer Mudschahedin" zu befassen. Auch von der afgh. Regierung wird angesichts russischer Truppenkonzentration an der Grenze eine Beteiligung der UN an der Konfliktbeilegung gewünscht.
- 30.Juli:* Russische Kampfflugzeuge und Artillerie greifen tadschikische Rebellenstützpunkte in Afghanistan an, nachdem Kabul Yeltsins Bemerkung, der Fluß Oxus sei de facto eine russische und nicht nur eine afghanisch-tadschikische Grenze, zurückgewiesen hat.
- 12.Aug.:* Treffen des afgh. AM Hedayat Amin Arsalla mit Präs. Rachmonow in Duschanbe; am *29.Aug.* treffen sich die Präs. beider Länder in Kabul.

Indien

- 26.Juli:* Die Oppositionsparteien reichen einen Mißtrauensantrag gegen MP Narasimha Rao ein. Rao wird u.a. Versagen in der Wirtschaftspolitik und bei der Bekämpfung des religiösen Extremismus vorgeworfen.
- 28.Juli:* MP Narasimha Rao gewinnt knapp das Mißtrauensvotum im Unterhaus, nachdem ein Zusammenschluß aus rechter und linker Opposition auseinandergebrochen ist. Sieben Parlamentsmitglieder der Opposition schlagen sich auf die Seite der Kongreßpartei Raos und ermöglichen so den Sieg des MP mit 265 zu 251 Stimmen.
- 6.-9.Sept.:* PM Rao besucht die VR China: Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die Spannungen an der gemeinsamen Grenze und die Normalisierung der Beziehungen beider Länder. In einem Abkommen über "vertrauensbildende Maßnahmen" werden die Grenzstreitigkeiten beigelegt.

Pakistan

- 29.Juni:* Das pakistanische Parlament ermächtigt die Zentralregierung, die Zentralprovinz Punjab direkt zu regieren.
- 18.Juli:* Auf Initiative der Oppositionsführerin Benazir Bhutto treten Präs. Ghulam Ishaq Khan und MP Nawaz Sharif nach der Auflösung der Nationalversammlung zurück, um die sechsmonatige Staatskrise infolge ihres erbitterten Machtkampfes zu beenden.

SÜDOSTASIEN

- 23.-25.Juli:* 26. ASEAN-Außenministerkonferenz: Südostasien soll nach dem Willen der ASEAN-AM eine neutrale und atomwaffenfreie "Friedenszone" werden. Außerdem wird die Bildung eines regionalen ASEAN-Forums be-

geschlossen und ein formelles Abkommen über den EAEC (East Asia Economic Caucus) getroffen.

26.-28.Juli: Bei der Festlegung der künftigen Haltung gegenüber der Militärregierung in Myanmar sprechen sich die ASEAN-AM entgegen den Sanktionsforderungen ihrer westlichen Dialogpartner für ein "konstruktives Engagement" aus.

Indonesien

22.Juli: Präs. Suharto trifft in Jakarta den chin. NVK-Vors. Qiao Shi. Beide Seiten betonen, daß dem Ausbau der Süd-Süd-Zusammenarbeit eine noch größere Bedeutung zukomme als dem der Nord-Süd-Zusammenarbeit.

13.Aug.: Präs. Suharto verkürzt die lebenslängliche Haftstrafe des Führers der Unabhängigkeitsbewegung Ost-Timors Gusmao, verurteilt wegen Rebellion, Verschwörung und illegalen Waffenbesitzes, auf 20 Jahre.

Singapur

29.Juli: Singapur und Malaysia einigen sich auf einer gemeinsamen Konferenz über eine neue Hoheitsgrenze zu Wasser in der Johor-Meerenge.

2.Aug.: Die Regierung von Singapur legt der britischen Zeitschrift *The Economist* eine Begrenzung ihrer Auflage auf, die in dem Stadtstaat vertrieben werden darf. Die Redaktion der Zeitschrift habe sich geweigert, Leserbriefe von staatlichen Stellen in vollem Umfang zu veröffentlichen.

Thailand

26.Juni: MP Suphachai Phanitchaphak lehnt einen amerikanischen Rahmenentwurf für die APEC ab, der vorsieht, die Konsultativgruppe der 15 APEC-Länder zu einem Forum für Verhandlung über Handels- und andere Fragen aufzuwerten. Die Aufmerksamkeit für die Uruguay-Runde der Welthandelsgespräche solle nicht durch neue Handelsinitiativen abgelenkt werden.

30.Aug.: Bei einem Besuch von MP Chuan Leekpai in der VR China wird ein bilaterales Wirtschaftsabkommen unterzeichnet.

Indochina

Kambodscha

1.Juli: Auf einer Sitzung der neugewählten Verfassunggebenden Versammlung in Phnom Penh erfolgt die Amtseinführung der kambodschanischen Interimsregierung. MP Hun Sen und Prinz Ranariddh stehen gemeinsam dem Verteidigungs- und Innenministerium sowie dem Ministerium für nationale Sicherheit vor. Die kommunistischen Roten Khmer sind von der neuen Regierung ausgeschlossen, haben aber verlautbart, daß sie sich der Regierung nicht entgegenstellen und daß sie an einer Mitarbeit bei den neu zu bildenden Militärstreitkräften unter der Kontrolle der neuen Regierung interessiert sind.

3.Juli: Prinz Norodom Sihanouk spricht sich für eine Teilnahme der Partei des Demokratischen Kamputschea (PDK) am nationalen kambodschanischen Versöhnungs- und Wiederaufbauprozeß aus und unterstützt damit entsprechende Forderungen der Roten Khmer.

- 13.Juli: Besuch einer Delegation der Roten Khmer bei Prinz Norodom Sihanouk in Phnom Penh: Politische Gespräche, die auf Wunsch des Prinzen die nationale Versöhnung herbeiführen sollen.
- 1.Aug.: Guerilleros der Roten Khmer nehmen 20 UN-Blauhelmsoldaten und ihren Khmer-Dolmetscher auf thailändischem Gebiet gefangen und plündern ihren Stützpunkt.
- 18.Aug.: Kambodschanische Regierungstruppen starten nach Angaben der UN eine Großoffensive gegen Stellungen der Roten Khmer im NW des Landes.
- 23.Aug.: Besuch der Regierungschefs Prinz Ranariddh und Hun Sen in Hanoi: Vietnam und Kambodscha vereinbaren die Bildung von Arbeitsgruppen, um ihre Grenzprobleme zu erörtern und eine Lösung für das Schicksal der 30000 Menschen vietnamesischer Abstammung zu finden.

Laos

- 24.Juli: AM Somsavat Lengsavade erörtert in Singapur mit seinen Amtskollegen aus den ASEAN-Ländern den Beitritt von Laos zur ASEAN.

Vietnam

- 28.-30.Juni: Besuch des MP Vo Van Kiet in Deutschland: Im Mittelpunkt der Gespräche mit führenden deutschen Politikern stehen wirtschafts- und handelspolitische Fragen sowie die Ermutigung von deutscher Seite zur Fortführung der Reformpolitik in Vietnam, die im wirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Bereich erfolgen soll. Unterzeichnung eines Schiffsabkommens.
- 16.Juli: Treffen einer US-amerikanischen Delegation mit Do Muoi, dem GS der KPV in Hanoi: Schwerpunktthema ist die Lösung der Kriegsgefangenen/MIA-Frage, d.h. die Aufklärung der ungeklärten Fälle vermißter US-Soldaten während des Vietnam-Kriegs.
- 24.-29.Aug.: Vietnam.-chin. Grenzverhandlungen um die Hoheitsrechte im Golf von Tonkin, wo große Ölvorkommen vermutet werden.

OSTASIEN

- 2.-3.Juli: Internationales Symposium über Zusammenarbeit und Entwicklung in Ostasien in Peking.

Hongkong

- 3.Sept.: Hongkong schiebt 109 vietnamesische Flüchtlinge, die illegal von China in die britische Kronkolonie gekommen sind, wieder nach China ab. In den vergangenen zwei Monaten sind 2400 Vietnamesen nach Hongkong geflohen, weil ihre Häuser in China für ein Landentwicklungsprogramm abgerissen wurden.

Japan

- 18.Juni: Das Unterhaus spricht auf Antrag von drei Oppositionsparteien MP Miyazawa und dem Regierungskabinett sein Mißtrauen aus. Miyazawa wird vorgeworfen, er habe trotz öffentlicher Versprechungen Wahlrechtsreformen und Maßnahmen gegen politische Korruption nicht durchgesetzt. Das Miß-

- trauensvotum macht eine Auflösung des Unterhauses und Neuwahlen wahrscheinlich.
- 7.-9.Juli: Weltwirtschaftsgipfel der G7 in Tokyo: Die Regierung Miyazawa stellt eine unbegrenzte Verlängerung des 1995 auslaufenden Atomwaffensperrvertrages in Frage: Man wolle den Vertrag lediglich für "so lange wie möglich" verlängern, habe aber keineswegs die Absicht, sich Kernwaffen zuzulegen. Delegierte landwirtschaftlicher Organisationen aus 13 Ländern übergeben MP Miyazawa eine Resolution, in der sie sich gegen die Öffnung ihrer Märkte für ausländische landwirtschaftliche Produkte aussprechen. Indonesiens Präs. Suharto fordert Unterstützung für Entwicklungsländer.
- 18.Juli: Die LDP büßt bei den Unterhauswahlen erstmalig seit ihrer Gründung (1955) die absolute Mehrheit ein (223 von 511 Sitzen). Da ihre Alleinherrschaft damit beendet ist, strebt die Partei nun die Bildung einer Koalitionsregierung oder eines Minderheitenkabinetts an. Ihre bislang schwerste Niederlage erleidet die SDPJ (70 statt vorher 135 Sitze). Als Gewinner der Wahl gelten die neuen konservativen Splitterparteien: Die "Erneuerungspartei" (JRP) zieht mit 55 Sitzen ins Parlament ein, die Neue Partei Japans (JNP) erhält 35, die Fortschrittspartei (Sakigake) 13 Sitze. Bei den übrigen Parteien ergeben sich keine nennenswerten Änderungen.
- 22.Juli: MP Miyazawa legt auf einer Vollversammlung der LDP-Abgeordneten beider Kammern den Parteivorsitz nieder und verzichtet damit auf eine Kandidatur für das Amt des Ministerpräsidenten.
- 29.Juli: Eine Koalition von sieben Oppositionsparteien (JNP, Sakigake, JRP, SDPJ, DSP, Komeito, Sozialdemokratisches Bündnis), die sich am Vortag auf die Bildung einer Regierung unter Ausschluß der LDP und der Kommunisten geeinigt hat, nominiert den Vorsitzenden der JNP, Hosokawa Morihiro, für das Amt des MP. Die sieben Parteien unterzeichnen ihr gemeinsames Grundsatzzprogramm.
- 4.Aug.: Einen Tag vor dem erwarteten Regierungswechsel gibt die Regierung Miyazawa erstmalig zu, daß im Zweiten Weltkrieg asiatische Frauen von japanischen Besatzungstruppen zur Prostitution gezwungen wurden.
- 5.Aug.: Forderungen der LDP zur Geschäftsordnung, u.a. Einwände gegen die Nominierung der sozialistischen Koalitionskandidatin Doi Takako für die Parlamentspräsidentschaft, verzögern die Eröffnungssitzung des Unterhauses. Die konstituierende Sitzung wird nach ergebnislosen Verhandlungen auf den nächsten Tag verschoben. Wegen Abwesenheit des Kaisers ist dann keine Vereidigung der neuen Regierung mehr möglich.
- 6.Aug.: Doi Takako wird mit 264 Stimmen zur Parlamentspräsidentin gewählt. Die Wahl Hosokawa Morihiros zum MP muß für ungültig erklärt werden, nachdem Abgeordnete der LDP behauptet haben, während des Wahlvorgangs nicht aufgerufen worden zu sein, und sich weigern, den Wahlgang zu wiederholen.
- 9.Aug.: Vereidigung des neuen MP Hosokawa und seines Kabinetts durch Kaiser Akihito.
- 23.Aug.: MP Hosokawa bekundet in seiner ersten Regierungserklärung vor dem Parlament aufrichtige Reue über die militärische Vergangenheit seines Landes in Asien.
- 3.-17.Sept.: Europareise des Kaisers Akihito und seiner Frau Michiko mit Stationen in Italien, Belgien und Deutschland.
- 4.-6.Sept.: Besuch des Ministers für Politische Reformen und SDPJ-Vors. Yama-

hana Sadao in Südkorea: Erstmals spricht ein jap. Minister von "Entschädigung" für jap. Kriegsverbrechen.

Nordkorea

- 11.Juli: Bei einem Besuch der Waffenstillstandslinie droht US-Präs. Clinton Nordkorea im Fall eines Atomwaffeneinsatzes mit militärischen Gegenmaßnahmen. Die Drohung wird von Nordkorea als "heuchlerische Doppeltaktik" zurückgewiesen.
- 14.-19.Juli: Delegationen aus Nordkorea und den USA einigen sich in Genf darauf, daß Nordkorea die Verhandlungen mit der internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) wieder aufnimmt.
- 9.Aug.: Nordkorea lehnt den südkoreanischen Vorschlag zur Abhaltung einer Sitzung der innerkoreanischen Atomkontrollkommission in Panmunjom ab.

Südkorea

- 5.Juli: Beim Besuch des deutschen AM Klaus Kinkel bittet AM Han Sung-chun seinen Amtskollegen, in einer möglichen politischen Deklaration der G-7-Gipfelstaaten die Nuklearfrage in Nordkorea zu erwähnen. Kinkel verspricht, die Position Seouls zu unterstützen.
- 11.-12.Juli: Besuch des US-Präs. Clinton in Seoul: Clinton schlägt eine "Neue Pazifische Gemeinschaft" (Nordostasien-Forum) vor.
- 28.Juli: Südkorea und die Mongolei unterzeichnen Kooperationsvertrag im Zollbereich.
- 6.Aug.: Präs. Kim Yong Sam eröffnet in Taejon die Weltausstellung Expo 1993, an der 100 Staaten und 33 internationale Organisationen teilnehmen.
- 12.Aug.: Die regierende Liberaldemokratische Partei unter Präs. Kim Yong Sam verliert die erste von zwei Parlaments-Nachwahlen. Die zweite Nachwahl kann die Partei nur knapp gewinnen, nachdem sie vor der Abstimmung Bestechungsgelder an die Stimmberechtigten gezahlt hat.

Taiwan

- 7.Juli: VM Chen Sun schlägt im Legislativ Yuan vor, einen Neunjahresverteidigungsplan zur Finanzierung neuer Kampfflugzeuge zu erstellen, um die vom Festland ausgehende militärische Bedrohung abzuwehren.
- 9.Juli: Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten weist in einer Erklärung das Argument des AM der VR China zurück, da Taiwan und Hongkong keine souveränen Staaten seien, hätten sie nicht das Recht zur Teilnahme an den Wirtschaftsgesprächen des APEC-Gipfels, obwohl sie Mitglieder dieses Forums sind.
- 10.Aug.: Neugründung der Chinese New Party (CNP) durch Abspaltung von der KMT. Die Vorsitzenden der neuen Partei, Jaw Shau-kung und Wang Chien-shien, ehemalige Minister im Kabinett, nennen die Unfähigkeit der KMT zu schnellen Reformen und ihre Korruptionsanfälligkeit als Motive für die Neugründung. Im Gegensatz zur KMT sei die CNP an engen Kontakten zu Peking interessiert und halte nicht an der Forderung nach Souveränität und Unabhängigkeit Taiwans fest, da solche Äußerungen militärische Reaktionen Pekings provozieren könnten. Die KMT gibt bekannt, daß jeder, der der neuen Partei beitrifft, am selben Tag seine KMT-Mitgliedschaft verliert.

- 16.-22.Aug.: 14. Parteitag der KMT im World Trade Center in Taipei.
- 18.Aug.: Der Vorsitzende der regierenden KMT, Lee Teng-hui, wird auf dem 14. Parteitag - erstmals in geheimer Wahl - im Amt bestätigt, ist aber gezwungen, einige frühere Rivalen für Schlüsselpositionen im Zentralkomitee zu nominieren. Lee präsentiert sein Reformwerk zur Demokratisierung und Entrevolutionisierung der Partei, um weitere Spaltungen zu verhindern. Aus dem Programm geht hervor, daß die "Ein China"-Politik und der Widerstand gegen jeden Separatismus beibehalten wird. Taiwanesisches Politikwissenschaftler sind der Auffassung, die KMT "kämpfe ums bloße Überleben".

Volksrepublik China

- 3.-5.Juli: Besuch des Vize-MP Li Lanqing in Teheran, der vor allem dem Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen China und Iran gilt.
- 8.-9.Juli: Besuch des britischen AM Douglas Hurd in Peking.
- 20.Juli-11.Aug.: NVK-Vors. Qiao Shi besucht Indonesien, Malaysia, Singapur, Thailand und die Philippinen. Diskussionsschwerpunkte sind die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die territorialen Streitigkeiten bezüglich der Spratley-Inseln.
- 25.Juli: Bei einer Begegnung mit dem US-amerikanischen AM Christopher in Singapur weist AM Qian Qichen amerikanische Vorwürfe zurück, China verletze mit dem Export von Raketentechnologie nach Pakistan die Richtlinien des "Raketentechnologie-Kontrollregimes" (MTCR). Auf amerikanische Sanktionen für angebliche Raketenlieferungen an Pakistan reagiert Peking mit der Drohung, die Zusage zu widerrufen, sich an das Abkommen zur Regelung des Exports für Raketentechnologie zu halten.
- 5.Sept.: Das chin. Außenministerium fordert von der amerikanischen Regierung eine öffentliche Entschuldigung und Schadenersatz, da bei der Durchsuchung des chin. Frachters "Yinhe" im saudiarabischen Hafen Damman nicht - wie von den USA behauptet - für Iran bestimmte Chemikalien gefunden worden sind.

SÜDPAZIFIK - AUSTRALIEN - NEUSEELAND

- 9.Aug.: Australiens PM Keating sagt dem Präs. der südpazifischen Inselrepublik Nauru, Bernhard Dowiyogo, umgerechnet 125 Mio. DM für die Beseitigung von Umweltschäden zu, die beim Abbau von Phosphaten in der Zeit der australischen Verwaltung entstanden sind.
- 11.Aug.: Abschluß des 24. Südpazifikforums in Nauru, das sich vor allem mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Umweltproblemen der Inselnationen befaßte.
- 30.Aug.-3.Sept.: Staatsbesuch des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker in Neuseeland: PM Bolger und Oppositionsführer Moore betonen in Wellington, daß der landwirtschaftliche "Protektionismus" der EG dem Agrarland Neuseeland, dessen Landwirtschaft keinerlei staatliche Subventionen erhält, schade.
- 3.-8.Sept.: Staatsbesuch des Bundespräsidenten in Australien.

Abkürzungen:

AM = Außenminister, Gen. = General, GS = Generalsekretär, IM = Innenminister, KP = Kommunistische Partei, MP = Ministerpräsident, PM = Premierminister, Präs. = Präsident, VM = Verteidigungsminister